

Marie Luise von Halem

Rede zum Antrag „Brandenburger Schüler fit für das Arbeitsleben machen –  
Übergang von der Schule in Ausbildung und Studium verbessern!“  
DS 5/5410

58. Plenarsitzung am 7.6.2012

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Anrede!

Gratulation für diesen Antrag, liebe FDP!

Es gibt in Brandenburg eine Fülle von hervorragenden Programmen zur Berufsorientierung. Sie alle aufzuzählen, haben meine VorrednerInnen in ausreichendem Maß übernommen, ich steuere jetzt nur noch ein paar Gedanken zur Debatte bei.

Ich weiß auch, dass es Schulen gibt, die das Thema richtig Ernst nehmen, sich weit über das in den Lehrplänen vorgesehene Maß hinaus um Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen bemühen, sich interessante Leute zu Vorträgen vor den Schülern einladen und Orientierungstage veranstalten. Aber das sind nicht alle Schulen.

Es gibt zu denken, dass die herausragenden Programme wie IOS, Praxislernen, Produktives Lernen und auch die Förderung von schulverweigernden Schülerinnen und Schülern samt und sonders von ESF-Mitteln leben. Wie die Landesregierung heute z.B. zu einer Formulierung aus dem Konzept von 2008 steht, die da lautet: „Über eine darüber hinaus gehende flächendeckende Ausweitung [des Praxislernens] soll nach dem Auslaufen der ESF-Mittel im Jahr 2013 entschieden werden“, wäre schon interessant zu wissen.

Ein bisschen skeptisch bin ich bei dem Ansatz, LehrerInnen und Lehrer auf Betriebspraktika zu schicken. Da müsste schon viel Zeit dafür verwandt werden, sie in die Lage zu versetzen, daraus breit gefächerte Entscheidungshilfen für Schülerinnen und Schüler werden zu lassen. Nein, Erfolg versprechender ist es sicher, den Jugendlichen Möglichkeiten zu bieten, diese

Erfahrungen selbst zu machen bzw. Kontakte mit Menschen herzustellen, die aus dem Berufsleben jenseits von Schule kommen.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch der Ansatz neuen Reiz, um Quereinsteiger in den Lehrerberuf zu werben: Wer könnte authentischer Berufserfahrungen vermitteln, als diejenigen, die sie selbst gemacht haben!

Was der vorliegende Antrag gar nicht erwähnt, ist die Rolle der Arbeitgeber: Zwar sind die Zeiten vorbei, in denen angesichts mangelnder Ausbildungsstellen auf Bundesebene über eine Arbeitsplatzabgabe diskutiert wird, aber für eine gelungene Berufsorientierung können auch die Arbeitgeber ihren Anteil leisten. Teils tun sie das schon sehr erfolgreich, aber im Zuge einer Fortschreibung des Konzeptes können auch hier neue Anstöße entstehen.

Die Schulen müssen in den Schulprogrammen ihre Maßnahmen zur Berufsorientierung dokumentieren. Beraten werden sie dabei von der Schulaufsicht (schon wieder der grässliche Begriff!) und dem BUSS-System. Da wären wir wieder beim Thema von heute früh: Wird die Beratung besser mit weniger Schulräten und größeren Distanzen? Gleiches gilt für das BUSS-System: Das sind immer die gleichen Stellenzahlen und immer mehr Aufgaben. Ja, wir wollen selbständige Schulen. Aber das heißt nicht, sie sich selbst zu überlassen, sondern es bedeutet, sie entscheiden zu lassen, aber natürlich nach Beratung und Unterstützung!

Das Monitoring darf deshalb nicht nur für die Angebote der Einzelschule gelten, sondern es muss auch das den Schulen zur Verfügung stehende Gesamtangebot der Berufsorientierung im Auge haben.

Der Hauptgrund, warum wir den Antrag unterstützen, das Berufs- und Studienorientierungskonzept fortzuschreiben, ist das Auslaufen der ESF-Mittel und die Pläne der Landesregierung, wie sie danach zu verfahren gedenkt.